



Diskussion um Digitalsteuern

Warum eine nationale oder EU-weite Digitalsteuer insbesondere Startups und Scaleups schaden würde

Stand: 20. Juni 2025

Bundesverband Deutsche Startups e.V.
Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin
politik@startupverband.de
www.startupverband.de



Angesichts der aktuellen Zollpolitik von US-Präsident Trump diskutiert man in Deutschland und der EU mögliche Gegenmaßnahmen, um im Falle einer weiteren Eskalation schlagkräftig reagieren zu können. Dabei rückt auch eine Digitalsteuer immer mehr in den Vordergrund der Diskussionen, mit der vor allem große Tech-Unternehmen aus den USA wie Meta, Google, Amazon oder X getroffen werden sollen. Wie eine solche Steuer aussehen könnte, ist dabei nicht geklärt; konkret ausdifferenzierte Vorschläge liegen noch nicht auf dem Tisch. Kulturstatsminister Weimer hatte zuletzt einen sogenannten Plattform-Soli ins Spiel gebracht. Folgende Möglichkeiten einer Digitalbesteuer (auf EU-Ebene und national) stehen unter anderem aktuell zur Diskussion:

- Klassische umsatzbasierte Steuer (wie sie in einigen europäischen Ländern wie z.B. in Frankreich existiert)
 - Diese Steuer wird auf Umsätze aus bestimmten digitalen Dienstleistungen erhoben, etwa aus Online-Werbung, der Vermittlung auf digitalen Plattformen (z. B. Marktplätze, Sharing-Plattformen) und dem Handel mit Nutzerdaten. Typisch ist ein Steuersatz von etwa 3 %, der für große Unternehmen mit weltweiten Umsätzen ab 750 Mio. Euro und EU-Umsätzen ab 50 Mio. Euro gilt. Diese Steuer würde dazu führen, dass große Plattformbetreiber wie Google, Amazon oder Meta die zusätzlichen Kosten an die Nutzer*innen oder an kleine Unternehmen (z. B. Werbetreibende) weitergeben.
 - Eine Umsetzung ist sowohl auf EU- als auch Mitgliedstaatsebene denkbar, besonders auf EU-Ebene sind die Hürden allerdings hoch: denn die Hoheit für die Steuererhebung liegt bei den Mitgliedstaaten, die einem Vorschlag einstimmig zustimmen müssten.
 - Es ist eine Illusion zu glauben, eine zusätzliche DST würde vor allem Big Tech treffen. Das Gegenteil ist der Fall: Durch den fehlenden Wettbewerb, etwa auf dem Werbemarkt, können DSTs 1:1 durchgereicht werden.
- Steuer auf Systemsoftware und Lizenzen
 - Hierbei handelt es sich um eine Abgabe auf die grenzüberschreitende Übertragung von Eigentums- und Nutzungsrechten an Software und digitalen Lizenzen. So ein „Digitalzoll“ auf den Erwerb oder die Nutzung von Systemsoftware, Cloud-Diensten und digitalen Lizenzen aus dem Ausland könnte dazu führen, dass insbesondere innovative Software-Tools für europäische Startups teurer werden.
- EU-Instruments zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion Instrument, ACI)
 - Das Instrument trat im Dezember 2023 in Kraft und ermöglicht es der EU, in Fällen von „wirtschaftlichem Zwang“ von Seiten eines Drittstaats schnelle Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Ziel der Einführung dieses Instrumentariums war es dabei präventiv zu wirken und die betreffenden Drittstaaten vor dem Erlass solcher Maßnahmen abzuschrecken. Auch der Einsatz dieses Instruments würde dazu führen, dass Kosten von den betroffenen BigTech-Unternehmen weitergegeben würden.

Obgleich wir die Europäische Kommission und die Bundesregierung darin unterstützen, im Handelskonflikt mit den USA standhaft zu bleiben, sollten auch die Auswirkungen etwaiger Gegenmaßnahmen auf europäische Tech-Unternehmen und Verbraucher*innen nicht außer Acht gelassen werden. Denn in der globalisierten Wirtschaftswelt, in der es einen immer ausgeprägteren Standortwettbewerb gibt, birgt jede neue Unternehmenssteuer große Risiken. **Und was die oben genannten Formen einer Digitalbesteuerung alle eint, ist, dass die zusätzlichen Kosten von den betroffenen großen Konzernen zu 100% an europäische Unternehmen und Verbraucher*innen weitergegeben werden.** Das geschieht bereits jetzt in Bezug auf nationale Digitalsteuern, insbesondere auch bei der Besteuerung von Werbeeinnahmen. Gerade diese werden eins zu eins auf die Werbetreibenden umgelegt. Google weist die umgelegten Steuern beispielsweise sogar als besonderen Rechnungsposten aus. Bei Scaleups gehen diese umgelegten Steuern, die eigentlich Big Tech treffen sollen, schon jetzt jedes Jahr in die Millionen Euro. Darüber hinaus kommt es bereits jetzt zu einer de facto **Doppel- oder sogar Dreifachbesteuerung** von digitalen Plattformen: Diese sind sowohl in dem Land steuerpflichtig, in dem der Anbieter eines über die Plattform vertriebenen Services sitzt, als auch in dem Land, in dem der Verbraucher sitzt. Kommt dann noch eine weitergereichte Digitalsteuer hinzu, wäre ein einziger erwirtschafteter Umsatz bereits jetzt einer dreifachen Steuerbelastung ausgesetzt.

Da Startups als kleine Unternehmen in der Regel mit stark begrenzten finanziellen Ressourcen arbeiten, wären sie unverhältnismäßig stark betroffen – in der aktuellen wirtschaftlichen Lage könnte dies fatale Folgen haben. Aber insbesondere auch aufsteigende europäische Digitalunternehmen und Scaleups wären in ihrem Wachstum ausgebremst. Denn sie sind in noch höherem Maße von den Produkten und Dienstleistungen großer Digitalkonzerne abhängig und geben bereits hohe Summen dafür aus, um beispielsweise Rechenkapazitäten für eigene Produktentwicklungen zu erwerben oder ihre Kundschaft online gezielt zu erreichen. Denn derzeit fehlt es in Europa schlicht an Alternativen: Unternehmen, Verbraucher*innen sowie Verwaltungen sind allesamt abhängig von den US-Technologien, insbesondere in Bereichen wie Standard-Software und Cloud-Lösungen. Aufgrund mangelnder Alternativen ist ein Anbieterwechsel nur im Sonderfall möglich ohne gravierende Geschäftseinbußen zu riskieren. **Der Effekt jeglicher Form einer Digitalsteuer wäre das Gegenteil einer Wachstumsalternative für Europäische Tech-Unternehmen. Sie würde Wachstum unterhalb der Schwelle von Big Tech begrenzen und Europäische Wettbewerbsfähigkeit ausbremsen.**

Eine weitere Gefahr besteht darin, dass in Folge einer Digitalsteuer die ohnehin schon schleppende Digitalisierung der Wirtschaft und Verwaltung noch weiter ausgebremst würde. Denn aufgrund der höheren Kosten für die US-Technologien und den fehlenden europäischen Alternativen könnten etliche Digitalisierungsvorhaben nicht mehr umgesetzt werden, die für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas essenziell wären.

Jegliche Besteuerung, die gezielt auf den Digitalbereich abzielt, hemmt daher Innovationen und mindert auch das Gründungsgeschehen in Europa. Denn aufstrebende Unternehmer*innen werden sich wohl kaum für einen Standort entscheiden, wo zusätzliche Steuern und Kosten auf sie warten. Es ist daher essenziell, dass die Interdependenzen in der Diskussion berücksichtigt werden, sodass Europa sich aufgrund der Abhängigkeitsverhältnisse nicht ins eigene Fleisch schneidet.

Anstatt die heimische Wirtschaft zusätzlich zu belasten und die Preise auf digitale Dienstleistungen für Kund*innen in die Höhe zu treiben, sollte die EU-Kommission auf eine langfristige Lösung setzen, die sowohl die Tech-Souveränität Europas erhöhen und eine Eskalation im Zollstreit mit den USA vermeiden könnte: europäische digitale Unternehmen sollten gezielt gefördert und digitale Infrastrukturen ausgebaut werden, um Europa in Bereichen wie Cloud Computing, KI und Konnektivität autonomer zu machen.